

Die Parkinson'schen Gesetze¹ gelten auch in Berlin:

Die Ministerialbürokratie wächst und gedeiht, die Militärbürokratie hält mit

Eine Studie der „Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)“ hat die massive Aufblähung der Berliner Regierungsbürokratie in den vergangenen zehn Jahren zum Gegenstand. Der Freiburger Hochschullehrer Bernd Raffelhüschen kommt in einer Untersuchung zu dem alarmierenden Ergebnis, dass die Zahl der Top-Beamtenstellen in den Bundesministerien und dem Kanzleramt seit 2013 um knapp die Hälfte erhöht wurde. Die Zahl der Spitzenbeamten (Besoldungsklasse B – mit Monatsbezügen von 6500 bis 12.000 Euro) ist in den vergangenen zehn Jahren um 47 Prozent auf mehr als 22.000 Stellen angestiegen.

Dass diese Stellenmehrungen eine Stange Geld kosten, liegt auf der Hand. Die gesamten Personalausgaben der Berliner Ministerien stiegen zwischen 2013 und 2023 um 114 Prozent über dem Bruttoinlandsprodukt. Der Stellenaufbau verursachte seither drei Milliarden Euro zusätzlicher Personalausgaben, bis 2030 kommen weitere 6,3 Milliarden Euro hinzu. Entsprechend werden auch die künftigen Pensionslasten zunehmen.

Diese Sachverhalte sind für uns nicht nur als Steuerzahler von Belang, sie belegen, dass der oft beschworene Bürokratieabbau ein Märchen ist. Mit zusätzlichen Ministerialen nehmen auch die Einzelnormen zu, jeder einzelne Bürokrat arbeitet an seiner künftigen Existenzberechtigung. Es verwundert daher nicht, dass die Anzahl der Regulierungen auf Bundesebene kontinuierlich wächst. Der Studie zufolge gab es im Jahr 2010 in Deutschland etwa 80.000 Gesetze und Verordnungen – mittlerweile sind es über 96.000. Hier liegt die Wurzel für die steigenden Bürokratielasten mit entsprechendem Mehrbedarf an Geld und Personal sowohl in der Wirtschaft als auch den öffentlichen Verwaltungen. Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der drastischen Entwicklung der Normenlandschaft und der damit verbundenen Bürokratiekosten mit dem signifikanten Anstieg der Planstellen für Beschäftigte in den Bundesministerien. Diese Stellen dienen nicht nur der Verwaltung vorhandener gesetzlicher Vorgaben, sondern auch dem beständigen Schaffen von neuen. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft mit der zitierten Studie den Finger in die Wunde legt. Immerhin haben sich auch einige Medien des Themas angenommen. Es fehlen allerdings Hinweise darauf, dass der Personalaufbau im öffentlichen Dienst auch den allseits beklagten Fachkräftemangel der Wirtschaft verschärft. Allein angesichts der bevorstehenden Ruhestandswelle der geburtenstarken Jahrgänge wäre eine schlankere öffentliche Verwaltung hilfreich,



Foto: Angie Ehinger

statt den Mangelzustand an Fachkräften von staatlicher Seite zusätzlich zu verschärfen.

Bürokraten an der Macht

Was hat dieser Sachverhalt nun mit der Bundeswehr zu tun? Ganz einfach, die Tendenz ging in der Armee mit der sogenannten Neuausrichtung ab 2010 in eine ähnliche Richtung. Einerseits wurde zwar der Streitkräfteumfang auf 185.000 Soldaten und der zivile Bereich auf ca. 55.000 Beschäftigte reduziert. Die Anzahl der Generale/Admirale hat aber mit ca. 220 im Vergleich zur 495.000 Mann-Armee nicht ab, sondern eher noch zugenommen. Dies gilt anteilig auch für Offiziere und Stabsoffiziere insbesondere mit Aussetzung der Wehrpflicht. Als zudem mit Auflösung von Kampftruppenverbänden die Führungsaufgaben weniger wurden, jedoch die Anzahl der Top-Dienstgrade hoch geblieben ist, suchten die sich anderweitige Beschäftigung. Und fanden sie in der Regulierung von allem und jedem. Die Überbürokratisierung der Bundeswehr in den letzten Jahren hat dort eine ganz dicke Wurzel. Aus überzähligem Führungspersonal wurden zusätzliche Militärbürokraten in den Amtsstuben der Stäbe und Ämter!

Die noch zahlreicher gewordenen Schreibtischsoldaten arbeiten seither emsig daran, das Verteidigungshandwerk zu verkomplizieren. Und zwar beispielsweise durch die Übernahme ziviler Gesetze, Normen und Vorschriften. Ein hinlänglich bekanntes Beispiel ist der hintere Kampfraum des Schützenpanzers Puma. Mit extrem niedrigen Feinstaubwerten soll er sogar für schwangere Soldatinnen geeignet sein. Zu deren Einhaltung darf der Puma allerdings erst mit vollständig geschlossener hinterer Luke starten - im Gefecht lebensgefährlich. Auf die Idee, schwangere Soldatinnen kämpfen zu lassen, kommen auch nur sich langweilende Bürokraten mit Gleichheitskomplex. Für verantwortungsbewusst handelnde Kommandeure und Einheitsführer käme das nicht infrage.

Der Rückgang des Bedrohungsgefühls in der Gesellschaft hatte seit dem Zerfall des Warschauer Paktes auch die Streitkräfte erfasst, die Zug um Zug mit zivilen Normen und Vorschriften überzogen wurden. Es wäre in Anbetracht der Gesamtlage höchste Zeit, beispielsweise die Arbeitsschutz- und Umweltvorschriften im Interesse einer kriegstüchtigen Armee auf ein militärisch zuträgliches Maß zurückzunehmen. Die Abfalltrennung in Afghanistan mag hier als Beispiel der Anwendung widersinniger Inlandsvorschriften dienen, wenn dort rund um die Militärlager Abfall ungetrennt verbrannt wird. Auch die ausgefertigten Arbeitszeitrichtlinien fallen darunter. Hunderte Seiten an Vorschriften und weit über 1.000 Dienstposten zur Überwachung und Kontrolle der Arbeitszeitkonten von Soldaten passen vielleicht zur Heilsarmee (ohne dieser zu nahe treten zu wollen), aber nicht zu einer Armee, in der wieder Kriegstüchtigkeit im Interesse der Landes- und Bündnisverteidigung gefordert ist. Dafür soll im Übrigen die Europäische Union verantwortlich sein, aber dies greift zu kurz. In Frankreich kam niemand auf die Idee, die Solda-

¹ Der britische Soziologe Cyril Northcote Parkinson (* 1909, † 1993) formulierte ein (ironisch-satirisches) Gesetz über das Wachstum der Bürokratie; danach weisen hierarchisch aufgebaute Verwaltungen (auch in Unternehmen) die Tendenz zur Selbstaufblähung auf. Unwirtschaftlichkeit und Leerlauf nehmen zu, bis letztlich der Zusammenbruch droht.

² Prof. Sönke Neitzel: "Kriegstüchtig?", erschienen in APuZ 47-48/24 - Bundeswehr - siehe Seite 16 ff.

tenarbeitszeit aufgrund europäischer Vorschriften neu zu regulieren. Die französische Armee wurde von diesem EU-Regelwerk einfach ausgenommen.

Die Bundeswehr hat zu wenig Soldaten bei ausgeuferter Bürokratie ist nun das Problem unserer Tage. Zumindest zu wenig Soldaten für Kampfaufgaben in der Truppe ist hier einzuschränken. Der Gesamtumfang an militärischem Personal soll bekanntlich wieder auf 203.000 Soldaten steigen. Gegenwärtig ist aber nicht mal die zwischenzeitliche Zahl 185.000 haltbar, trotz angeblich wieder steigender Bewerberzahlen dienen derzeit nur etwas über 180.000. Ob der Neue Wehrdienst von Verteidigungsminister Pistorius in absehbarer Zeit zu höheren Zahlen führen wird, ist nicht nur wegen der Regierungskrise völlig offen. Wäre mithin höchste Zeit, endlich das zu tun, was naheliegt: die Reserven im überorganisierten Wehrapparat auszukehren und Dienstposten aus den Ämtern und Stäben frei zu schaufeln. Die Bundeswehr könnte schließlich auch ihre eigene Reformfähigkeit unter Beweis stellen und Vorschläge vorlegen. Wäre mal was Neues. Lieber wird jedoch lamentiert und mehr Geld und Personal gefordert, als den eigenen Betrieb auf Vordermann zu bringen. Immerhin gab es vom derzeitigen Verteidigungsminister Pistorius schon mal entsprechende Umbaupläne, aber was ist daraus geworden?

Ziele aus den Augen verloren

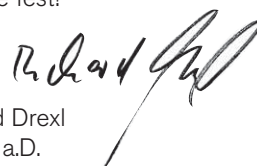
Mit einer Reform des Verteidigungsministeriums sollten mehrere 100 Dienstposten gewonnen werden. Der Minister persönlich hatte das Ziel ausgegeben, die Organisation des Ministeriums zu straffen, also etwa Abteilungen zusammenzulegen oder ganz aufzulösen. Daraus wurde nichts. Nach kleineren Korrekturen blieb die Zahl der Mitarbeiter im BMVg mit rund 3.000 in etwa auf gleicher Höhe. Vor 2011 gab es beispielsweise keine eigene ministerielle Planungsabteilung und auch kein nachgeordnetes Planungsamt. Deren Aufgaben könnten längst wieder in die Zuständigkeiten von Rüstungsabteilung, Beschaffungsamt und Teilstreitkräften integriert werden, so Sönke Neitzel. Auch die geplante Strukturreform der Streitkräfte blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Zu viele eigenständige Organisationsbereiche mit eigenen Führungsleuten blieben trotz klarer Ansagen des Ministers bestehen, lediglich der OrgBereich Sanitätswesen wird in den Unterstützungsbereich überführt. Die Sanität bleibt darin aber mit eigenen Führungssträngen erhalten, effektiv wird sich wenig ändern. Von einer sogenannten „Task Force Personal“ waren eine Reihe sinnvoller Vorschläge zu einer verbesserten Personalgewinnung zu vernehmen. An das Bundesamt für das Personalwesen der Bundeswehr in Köln wagte sich aber niemand heran. Auch dies ein eigener Organisationsbereich mit sage und schreibe 6.800 Dienstposten zur Personalverwaltung der Bundeswehr. Aus den Reformankündigungen von Boris Pistorius für eine effizientere Organisation sowohl der Bundeswehr als auch des Ministeriums ist kaum etwas geworden, die Kernprobleme blieben liegen. Der frühere Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels kommentierte dies mit dem Satz: „Der Minister hat offenbar den Besitzstandswahrem nachgegeben“. Für den Militärhistoriker Sönke Neitzel fehlt „der Spitze des Ministeriums der Mut zu großen Reformen“.² Von Kriegstüchtigkeit ist die Bundeswehr jedenfalls weit entfernt. Es ist bisher nicht gelungen, weder in den Streitkräften

und noch weniger in der Gesellschaft ein Klima für wirksame Schritte in diese Richtung zu erzeugen. Medienberichten zufolge können im kommenden Jahr 9.000 Oberfähnriche nicht zum Leutnant befördert werden, weil nach derzeitigem Stand kein Geld da ist. Ein verheerender Eindruck, den die politisch Verantwortlichen entstehen lassen. Es wundere sich bei dieser Nachrichtenlage niemand darüber, dass der Frust bei aktiven Soldaten wie auch Reservisten zunimmt. Nur wenn Streitkräfte von ihren Soldaten als effizient wahrgenommen werden steht zu erwarten, dass sie im Ernstfall ihr Leben einsetzen. Und nur eine effiziente und damit attraktive Organisation gewinnt ausreichend Nachwuchs und hält Soldaten dauerhaft in ihren Reihen so Sönke Neitzel. Vom Ministerium bis runter in die letzte Einheit funktioniert immerhin Sankt Bürokratius. Er beschäftigt das Personal, das andernorts benötigt wird. Die Kraft zur Änderung dieser Zustände hat bisher niemand aufgebracht, die Widerstände sind offenbar gewaltig.

Ohne Bürokratie funktioniert kein modernes Staatswesen - ein Zuviel würgt ihn ab

Im wohlverstandenen Interesse eines funktionierenden Staatsapparates aller Ebenen vom Bund über die Länder bis in die Kommunen wie insbesondere auch im Militär wäre sehr zu wünschen, dass hier Knoten durchschlagen werden. Dies, bevor sich auch bei uns ein staats skeptisches Denken ausbreitet, wie es zuletzt die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten maßgeblich beeinflusst hat. Dort soll Elon Musk als sog. Effizienzminister tätig werden, um den überfett gewordenen Apparat zu zerschlagen und die Gesellschaft einer Rosskur zu unterziehen. Aussichten, die im staatsgläubigen Deutschland immerhin für Aufsehen sorgen. Aber führt dies auch zu Reaktionen unserer künftigen Regierung hin zu einem Staat, der sich mit Augenmaß um seine Kernaufgaben kümmert? Das hätte mittelfristig in mehrerlei Hinsicht erwünschte Folgen: die Staatsausgaben kämen wieder ins Lot, die Überforderung mit undurchführbaren Aufgaben käme zurück und Personal würde frei für Aufgaben, die keinen Aufschub dulden. Das sind dort, wo die Bevölkerung einen starken Staat erwartet, ausreichende Sicherungskräfte im Inneren sowie ein starkes Militär, um zusammen mit Bündnispartnern für Frieden auf unserem Kontinent zu sorgen. Dafür muss der Regulierungswahn von allem und jedem aus Brüssel, Berlin und den Bundesländern wie genauso im Militär zurückgefahren werden. Entbürokratisierung und Reduzierung von Bürokraten sind Gebote der Stunde. Die neue Regierung wäre gut beraten, die Parkinson'sche Bedrohung auch im Interesse der Kriegstüchtigkeit unseres Landes ernst zu nehmen. Nach aller Erfahrung eine vergebliche Hoffnung.

In Treue fest!



Richard Drexel
Oberst a.D.